

PIRATEN

02.06.2015

An:
Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf . Nummer

- ☒ **Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- ☒ **Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: Unterausschuss Kommunalen
Jugendhilfeplan / JuSchuA**
- ☐ **Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- ☒ Bürgermeisterin
- ☒ Ausschussvorsitzender d.
UA kommunaler Jugendhilfeplan
- ☒ SPD-Fraktion
- ☒ CDU-Fraktion
- ☒ Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen
- ☒ Fraktion bürgerforum
- ☒ Fraktion DIE LINKE.
- ☒ FDP-Fraktion
- ☒ Fraktion WBG
- ☒ Die Piraten
- ☒ WITTEN DIREKT
- ☒ fraktionslose Ratsmitglieder
- ☐

Betreff
Freie Schulwahl braucht passende OGS-Aufnahmekriterien

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Antrag:

Der in Verwaltungsvorlage Nr. 0889/V 15 beschlossene Vereinbarung von Aufnahmekriterien für die offene Ganztagschulbetreuung im Primarbereich (Punkt 3 der genannten Vorlage) wird wie folgt geändert:

Unter 2.2 wird „an der nächstgelegenen“ gestrichen.

Die Träger der Offenen Ganztagschulen werden gebeten, ihre Plätze in Zukunft entsprechend dieser Änderung zu vergeben.

Begründung:

Die Wahl der OGS muss genauso frei sein wie die Wahl der Grundschule. Die derzeitige Formulierung ermutigt Offenen Ganztagschulen, Schüler abzulehnen, die in einer zur OGS örtlich nahe liegenden Grundschule angenommen wurden, wenn es sich dabei nicht um die wohnortnächste Grundschule handelt. Dies schränkt effektiv die freie Wahl der Grundschule ein. Durch die beantragte Änderung soll die OGS-Wahl nicht mehr die freie Wahl der Grundschule einschränken. Die Eltern wissen am besten, welche Schule für ihr Kind die beste ist und welche OGS für die organisatorisch und auch ansonsten am besten geeignet ist.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass einige Eltern schon bei der derzeit laufenden Vergabe der Plätze organisatorische Probleme wegen eines vom Schulort abweichenden OGS-Ortes haben und wegen obiger Formulierung von einer OGS abgelehnt wurden. Ein schneller Beschluss des JuSchu könnte für die OGSen ein Signal sein, sich mit den betroffenen Eltern im Sinne der Eltern zu einigen.

gez.

Roland Löpke
(Fraktionsvorsitzender PIRATEN)

Stefan Borggraefe
(Ratsmitglied PIRATEN)